

der springende punkt.

Interview

Nürnberger Bio-Pionier

Hubert Rottner, Vorstandsmitglied der BioInnung e.V.

Seiten 4 und 5

Neues aus Nürnberg

BioMetropole Nürnberg

Angebote mit gesunden Ernährungsprodukten in den städtischen Einrichtungen

Seiten 2 und 3

inkl. 4-seitiger Beilage
SPD DEPECHE
der Stadtratsfraktion



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

das erste Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition um Hartz IV konnte man nur als „unbefriedigend“ bezeichnen; schlussendlich geht das zu Lasten der Menschen. Genau deshalb war es wichtig und richtig, die Verhandlungen auf dieser Basis zu beenden. In weiteren zähen Verhandlungsrunden hat man letztlich dann doch einen Kompromiss gefunden. Das Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen.

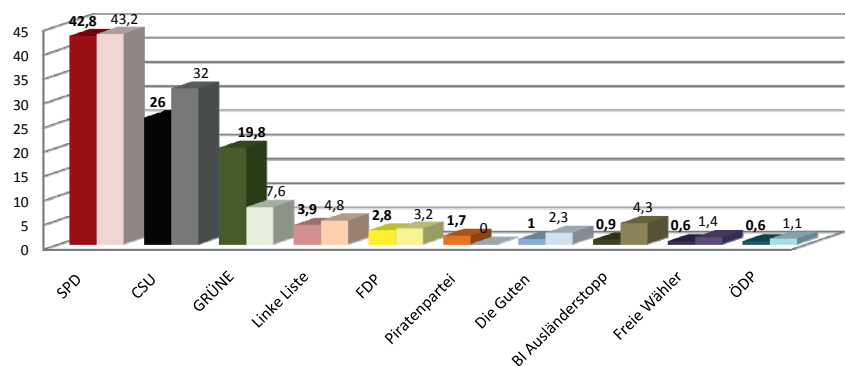
Unsere Handschrift im Kompromiss:

- **Für Arbeitnehmer:** Mindestlöhne für 1,2 Millionen Beschäftigte in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche.
- **Für Arbeitslose:** Das Arbeitslosengeld II steigt rückwirkend um fünf Euro und wird ab 1.01.2012 um weitere drei Euro steigen – plus einen Ausgleich für gestiegene Lebenshaltungskosten.
- **Für Kinder:** 500.000 bedürftige Kinder werden zusätzlich am Bildungspaket teilhaben. Künftig sollen sich weitere 3000 Sozialarbeiter um Kinder und Jugendliche an Schulen in sozialen Brennpunkten kümmern. Bedürftige Kinder erhalten ein kostenloses Mittagessen an Schulen und Horten.
- **Für die Kommunen:** Der Bund übernimmt ohne Vorbedingungen schrittweise bis 2014 die Kosten der Grundsicherung im Alter. Zusätzlich übernimmt der Bund die tatsächlichen Kosten des Bildungspaketes und der Mittagessen der bedürftigen Kinder.

Herzliche Grüße

Christian Vogel

Die Nürnberger lieben ihre Stadt: SPD auf dem richtigen Weg



Sonntagsfrage: „Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag in Nürnberg Kommunalwahl wäre?“ (linker Balken: die Umfrage, rechter Balken: das Kommunalwahlergebnis 2008)

VON CHRISTIAN VOGEL

■ Die Nürnberger fühlen sich einer Umfrage zufolge in ihrer Stadt so richtig wohl: 94 Prozent leben gerne oder sehr gerne in ihrer Stadt. Über 1.000 Menschen, die ihren Hauptwohnsitz in Nürnberg haben und wahlberechtigt sind, wurden im letzten Jahr von den Studierenden des Faches Sozialökonomik am Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung der Friedrich-Alexander-Universität befragt.

Neben Fachthemen wurden natürlich auch Wahlabsichten oder die Bekanntheit abgefragt. Ulrich Maly ist demnach der bekannteste Kommunalpolitiker in Nürnberg. Sein überragender Bekanntheitsgrad von 97,2 Prozent ist seit der Zeit der letzten Kommunalwahl unverändert. Mit rund 18 Prozent Abstand folgt dann Klemens Gsell.

Auch Nürnberger Verkehrsprojekte wurden thematisiert. Müssten die Nürnberger wählen, würden 33 Prozent für den Ausbau des Franken-

schnellwegs stimmen. Die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs folgt an zweiter Stelle, die des Fahrradverkehrs an dritter. Die Unterstützung des privaten Pkw-Verkehrs rangiert an vierter Stelle. Auf Platz fünf landet die Nordanbindung des Flughafens an die Autobahn, die nur 8 Prozent der Befragten für förderwürdig halten.

Die Sonntagsfrage zeigt, dass die Nürnberger SPD auf dem richtigen Weg ist. Nicht nur, dass sie bei dieser Umfrage die größte Zustimmung bei den Wählern hat, ihr wird auch mit 31,5 Prozent die größte Problemlösungskompetenz unter den Parteien zugesprochen.

Diese Umfrage ist kein Freibrief für die politische Arbeit in den nächsten drei Jahren, sie ist aber durchaus ein Indiz dafür, dass Uli Maly, die Stadtratsfraktion, aber auch die Partei gemeinsam und geschlossen auf dem richtigen Weg sind. Die ganze Umfrage gibt es hier: http://www.sozio.wiso.uni-erlangen.de/publikationen/a-u-d-papiere/a_11-02.pdf ■

BioMetropole Nürnberg

VON PETER SCHMITT

■ Ein wenig gewöhnungsbedürftig ist der Begriff zunächst doch. Nürnberg nennt sich seit kurzem ohne Umschweife eine BioMetropole. Klingt anspruchsvoll. Lebkuchen, Schäufele, Bratwürste oder Spargel aus dem Knoblauchland – alles jetzt total Bio oder was?

Ganz wörtlich soll man die Sache denn aber nicht nehmen. Nicht so sehr die auf städtischem Grund und Boden erzeugten Lebensmittel stehen im Visier. Es geht vielmehr darum, was die Nürnberger essen und wie gesund die Agrarprodukte in städtischen Einrichtungen wirklich sind. Und da sieht die Frankenmetropole in der Tat gar nicht so schlecht aus. In Schulen und Kindertagesstätten, mit Einschränkungen gilt das auch für die eine oder andere Betriebskantine, sind weitgehend unbelastete Lebensmittel und Zutaten auf dem Vormarsch; langsam zwar, aber stetig.

Dabei fing man recht bescheiden an. Ein Stadtratsbeschluss vom 23. Juli 2003, getragen vom damaligen Dreierbündnis aus SPD, CSU und Bündnis 90/ Die Grünen, setzte sich zum Ziel, das Angebot an Bio-Produkten, möglichst von regionalen Erzeugerbetrieben, in einem Zeitraum von fünf Jahren in den Einrichtungen der Stadt auf zehn Prozent anzuheben.

Von einer Bio-Modellregion oder gar Ökometropole war man da noch ein hübsches Stück weit entfernt. Manchmal gehen die Dinge aber selbst in Franken rascher voran als anderswo. Ein engmaschiges Netzwerk mit Schulen und allen möglichen Bioinitiativen wurde geknüpft. Heute ist Nürnberg neben München die einzige deutsche Großstadt, die umfassend die Bio-Branche fördert. Ein gewichtiger Impuls kam von der seit mehr als einem Jahrzehnt im Messezentrum veranstalteten „Biofach“. Anfangs von Sceptikern etwas belächelt, entwickelte sich die Frühjahrsausstellung zur Weltleitmesse für biologisch erzeugte Lebensmittel. Vom 16. bis 19. Februar 2011 gaben erneut rund 2.500 Aussteller aus über 90 Län-

dern den 45.000 Fachbesuchern einen Überblick über den gesamten globalen Biomarkt.

Im Rathaus wollte man dem Messehit nicht hinterherhinken. Fünf Jahre nach dem ersten Ratsbeschluss wurden die angestrebten Ökoraten kräftig angehoben. Bis 2014 soll mindestens die Hälfte aller in Schulen und Kindertagesstätten verarbeiteten Lebensmittel aus biologischem Anbau kommen. Der gleiche Prozentsatz wird auch bei Empfängen des Oberbürgermeisters und



dem Angebot auf den Wochenmärkten vorgeschrieben. Nur halb so hoch liegt die Bio-Latte für die städtischen Einrichtungen und öffentlichen Veranstaltungen. Noch drei Jahre Zeit haben Nürnbergs Stadtbauern, wenigstens auf einem Zehntel ihrer Anbaufläche ausschließlich nach Ökomaßstäben vorzugehen.

Hohe Ziele und konkrete Vorgaben sind das eine, deren Umsetzung und Einhaltung stehen nicht selten auf einem anderen Blatt. Doch die Bilanz kann sich bisher sehen lassen. Nicht nur, dass auf dem Christkindlesmarkt mittlerweile Bio-Bratwürste und Bio-Glühwein zu haben sind, von den biologisch sauberen Lebkuchen ganz abgesehen; immerhin mit einem Anteil von fast einem Drittel.

Auch in Schul- und Betriebskantinen hat sich das Bild gewandelt, das heißt verbessert. Schließlich bieten von den insgesamt 45 Schulen in Nürnberg, die

den Schülern regelmäßig ein Mittagessen servieren, 24 ein Biomenü an. Die 50 Prozent Zielvorgabe für 2014 sind zumindest dort klar im Visier. Allerdings gibt es in Nürnberg alles in allem mehr als 130 Schulen. Und mit dem Schulhofverkauf in den Pausen klappt es in Sachen Bio noch nicht so sehr. Nur in 15 Schulen sind überhaupt Bioprodukte im Sortiment und nicht einmal jeder zehnte Schüler macht offensichtlich davon Gebrauch.

Das Umweltreferat, das den Bilanzbereich erstellt hatte, mahnte denn auch dringenden Aufklärungsbedarf bei den Hausmeistern an, die zumeist den Pausenverkauf organisieren. Immerhin scheint es mit dem Regionalbewusstsein in den Schulküchen schon recht gut bestellt zu sein. Rund 22 Prozent der verwendeten Produkte kommen aus Betrieben in der näheren Umgebung. Aufhorchen lässt noch ein anderes Ergebnis. Unter den Kindertagesstätten, die Mittagessen anbieten, setzen bereits 40 Prozent auf unbelastete Lebensmittel. Für Umweltreferent Peter Pluschke ist diese Zahl besonders wertvoll. Für die Kinder im Vorschulalter sei eine gesunde Ernährung von erheblicher Bedeutung. Davon werde das spätere Essverhalten nachhaltig geprägt. Pluschke räumt mit dem Vorurteil auf, dass Bio-Essen in Schulen und Tagesstätten teurer sein müsse als konventionelle Menüs. Bei den Mittagessen an den Schulen beträgt der Aufpreis pro Mahlzeit 23 Cent. Das macht im Monat rund fünf Euro für ein Kind. In den Kitas fällt die Differenz mit plus sieben Cent oder 1,50 Euro im Monat noch wesentlich kleiner aus.

So wichtig Angebote mit gesunden Ernährungsprodukten für Kinder und Jugendliche sind, so wenig sollten Erwachsene darauf verzichten. So lautet nicht nur die Philosophie der BioMetropole Nürnberg (BMN). Gut dran sind mit Gewissheit die 150 Beschäftigten im Messe- und Congress-Zentrum. Die Hälfte aller in den dortigen Kantinen angebotenen Speisen sind ökologisch unbedenklich. Die NürnbergMesse konnte wohl angesichts der boomenden

Biofach gar nicht anders handeln. Welche Ernährungsvorbilder sich die Mitarbeiter im Tiergarten nahmen, bleibt hingegen verborgen. Fest steht, dass nahezu ein Drittel der angebotenen Essen dort Bio-Qualität aufweisen.

In vielen anderen städtischen Einrichtungen herrscht dagegen reichlich Nachholbedarf. Ziemlich am Ende des Rankings steht die Sparkasse. Deren 450 Beschäftigte müssen im eigenen Kantinenbereich auf Biokost verzichten. Auch die Patienten und das Personal in den städtischen Kliniken kommen kaum an Ökoprodukte heran. Magere fünf Prozent beträgt deren Anteil gegenwärtig. Trotzdem ist eine gewaltige Steigerung zu verzeichnen. Vor wenigen Jahren war man in Sachen Biolebensmittel noch fast bei Null. Inzwischen gibt es unter anderem Nudeln und Brötchen aus Vollkornmehl.

Den 150 Sängern, Musikern, Schauspielern und Bühnentechnikern an den Staatstheatern bleiben hingegen selbst solche Angebote bislang vorenthalten. Fitzgerald Kusz hat vermutlich mit seinem Dauerbrenner „Schweig Bub“ klare Vorgaben auch für die Theaterkantine gesetzt. Wer vermag sich schon eine Lebaknidlasuppm mit Dinkelmehlknödeln vorzustellen.

Im Umweltreferat räumt man ein, dass die Einflussmöglichkeiten auf die einzelnen Betriebe sehr unterschiedlich sind. Die Entscheidungsbefugnis liege nur in wenigen Bereichen beim Referat selbst. Deshalb setzt man sehr auf Information, Motivation und Unterstützung. Solche Vorbildfunktion kommt dem 2010 bereits zum vierten Mal abgehaltenen Markt „Bio erleben“ bei. Er zieht inzwischen zehntausende Besucher an. Nachhaltig eingeschätzt wird auch die Aktion Bio-Brotbox, die jeweils zum Schulanfang Tausende Erstklässler mit einer kostenlosen Pausenbrotbox und gesunden Biolebensmitteln in ihre Klassenzimmer entlässt. Auch wenn Nürnbergs Stärken seit jeher bestenfalls in der Verarbeitung von Grundstoffen stecken und nur am Rande mit der unmittelbaren Erzeugung von Lebensmitteln zu tun haben, unterstreicht das Umweltreferat die Stellung der Industriestadt als BioMetropole mit der Ent-

wicklung im Knoblauchsland und den anderen städtischen Agrarflächen. Die für 2014 vorgegebene Zehn-Prozent-Hürde könnte schon bald übersprungen werden. Allerdings nur was die Zahl der Ökobetriebe angeht, die sich von 2008 bis 2010 von vier auf 13 erhöhte. Allerdings sind es eher kleinere Bauern, die auf Öko umstellten. Von den 2.887 Hektar landwirtschaftlicher Fläche im Stadtgebiet werden nur rund 5,4 Prozent rein biologisch bewirtschaftet.

Etwas neidvoll kann man da in ferne Regionen blicken. Zum Beispiel in die Provinz Siena in der Toskana. Dort beackern 13 Prozent der Bauern ihre



Weinberge und Olivenhaine nach ökologischen Grundsätzen. Siena gehört deshalb auch dem europäischen Städtenetzwerk der Biostädte „Citta del Bio“ an. Und weil man in Nürnberg nichts lieber tut, als Partnerschaften mit Kommunen in aller Welt zu schließen, verbündete sich die Halbmillionenstadt jetzt mit dem zehnmal kleineren Toskanastädtchen. Pluschke verspricht sich von der Kooperation unter anderem Anregungen für die Vermarktung von Regionalprodukten. Immerhin weiß man in vielen Gegenden Italiens gut damit umzugehen, dass gerade Touristen aus Deutschland auf Regionalprodukte ihres Urlaubslandes stehen, ob nun diverse Rotweine, Käse oder Schinken.

In den ersten Jahren verfügte das ursprünglich unter der Bezeichnung BioModellstadt gestartete Projekt nicht einmal über einen eigenen Etat. Erst 2007 stellte der Stadtrat erstmals einen Betrag dafür zur Verfügung – beschei-

dene 5.000 Euro. Die Summe wurde inzwischen verdoppelt. Das tatsächliche Ausmaß der Finanzen umfasst jedoch erhebliche Spenden und vor allem Sponsorengelder. Vom Start im Juli 2003 bis Oktober 2010 flossen aus diesen Töpfen insgesamt 677 000 Euro in die Aktivitäten der BioMetropole. Dazu kamen noch erhebliche Ausstellereinnahmen bei den Märkten Bio erleben. Da die Stadt einschließlich ihrer Personalaufwendungen im gleichen Zeitraum für das Projekt nur rund 685 000 Euro ausgeben musste, trägt sich das ehrgeizige Vorhaben finanziell bislang von selbst. ■

Info

100 Jahre Internationaler Frauentag

Wie bereits angekündigt fällt der 100. Frauentag heuer auf den Faschingsdienstag. Die Frauen in der SPD (AsF) führen daher heuer einen Frauenzug in Verkleidung durch in historischen Kostümen aus 100 Jahren. Wir bitten alle Genossinnen und Genossen aus Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften oder Initiativen den historischen Zug „100 Jahre internationaler Frauentag“ durch Beteiligung zu unterstützen. Zur Koordination wendet Euch bitte an Diana Liberova liberova@gmx.de oder Amely Weiß amely.weiss@t-online.de



Einladung zum Frauenempfang am Sonntag, den 13. März um 11 Uhr im Südstadtforum

Diesmal mit der Historikerin Nadja Bennewitz mit einem Vortrag zu 100 Jahren Frauentag. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren damals wie heute ihrer Zeit voraus im Kampf um die Gleichstellung der Frau! Wir freuen uns auf einen Brunch mit Euch in angenehmer Atmosphäre mit informativen Gesprächen! ■

„Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“

Interview mit Hubert Rottner, Vorstandsmitglied der BioInnung e.V.

INTERVIEW PETER SCHMITT

■ Der gebürtige Nürnberger Hubert Rottner (59) träumte bereits als Zivildienstleistender vom Rückzug aufs Land. Seit 1975 ist er mit seiner Familie auf dem Nagelhof in Spalt Selbstversorger. Seine Erfahrungen mit ökologischem Landbau halfen ihm, zusammen mit seiner Frau Maria Mutz und den drei inzwischen erwachsenen Kindern, auch in anderen einschlägigen Aktivitäten erfolgreich zu sein. Der Bio-Pionier organisiert über seine Firma EcoEvents hochwertige Bioveranstaltungen, beispielsweise die Messe Grüne Lust auf dem Wolfgangshof in Anwarden. Rottner initiierte 2009 eine erste Biokonferenz in Nürnberg. Daraus entstand die BioInnung e. V.

dsp: Herr Rottner, Sie sind im Vorstand der BioInnung e.V. und deren Mitgründer. Was muss man sich darunter vorstellen?

Hubert Rottner: Wie jeder Bäcker und Metzger seit dem Mittelalter seine Vertretung hat, sollte die Biobranche, die es erst seit 30 Jahren gibt, auch ihre Interessen vertreten. Die BioInnung e. V. ist als Verein organisiert und versteht sich als Netzwerk nach innen und Sprachrohr nach außen für seine zurzeit 30 Mitglieder.

dsp: Die Gründung dieses Netzwerks erfolgte 2009, waren Sie da nicht ein wenig spät dran, angesichts des schon längere Zeit boomenden Biomarkts?

Hubert Rottner: Es hat in der Tat etwas gedauert, bis sich diese sehr von Individualisten geprägte Szene zusammenfand. Ich habe eine Biokonferenz im Mai 2009 organisiert, um die rund 800 Betriebe aus der Metropolregion Nürnberg an einen Tisch zu kriegen. 120 kamen und wollten Schluss machen mit dem Einzelkämpfertum und haben dann die BioInnung aus der Taufe gehoben.

dsp: Das Tätigkeitsspektrum der Mitglieder ist weit gefächert, vom Ökolandwirt bis zur Bio-Friseurin. Es haben sich bereits in kurzer Zeit mehr als zwei Dutzend Betriebe angeschlossen, obwohl diese einen dreistelligen Jahresbeitrag zahlen müssen. In welche Branchen kann Bio noch vordringen?

Hubert Rottner: ÖkoInnung wäre eigentlich der treffendere Name für uns, da wir festgestellt haben, dass sich



auch der Naturholzschreiner oder Ökodrucker in seiner traditionellen Innung nicht tatsächlich aufgehoben fühlt. Wir stehen allen Branchen offen, die ökologisch wirtschaften. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 400 Euro im Jahr, das sind 1,09 Euro pro Tag.

dsp: Wo gibt es Möglichkeiten für Synergien unter den Biobetrieben, die von der BioInnung gefördert werden können?

Hubert Rottner: Da wir mittelständische Betriebe sind, gibt es viele Felder, von der EDV bis zum gemeinsamen Einkauf, auf denen es sich lohnt, mehr zusammen anzugehen.

dsp: Sie gehören zu den Mitbegründern der BioFach, die 1990 erstmals in Ludwigshafen stattfand. Die Ökomesse wurde anfangs als Nischenausstellung von manchen vermeintlichen Marktfachleuten belächelt. Ein früherer bayerischer Agrarminister schwänzte mehrmals den Eröffnungstermin in Nürnberg und überließ der damaligen Berliner Verbraucherministerin Renate Künast von den Grünen allein das Feld. Ihre Nachfolgerin von der CSU, Ilse Aigner, schickte diesmal nur einen Staatssekretär. Enttäuscht Sie das?

Hubert Rottner: Das hängt allgemein damit zusammen, dass der Biolandbau von der Bundespolitik nicht mehr so sehr unterstützt wird und die Förderung zurückgefahren wurde. Die jetzige Bundesregierung stärkt dagegen wieder den konventionellen Landbau. Ich hoffe nur, dass sie bald abgewählt wird. Die Ökolandwirtschaft musste sich allerdings bisher meistens weitgehend aus eigener Kraft fortentwickeln. Das war nur bei Frau Künast einmal anders. Dennoch steht sie gut da; das ist ähnlich wie bei den erneuerbaren Energien. Die Biobranche hat einen Anteil von fünf Prozent am Lebensmittelmarkt mit sechs Milliarden Euro Umsatz und 180.000 Beschäftigten – Tendenz steigend, man tut gut daran sie mehr zu beachten. Insgesamt haben sich diesmal trotzdem mehr Politiker denn je angemeldet.

dsp: Hatten Sie diese Entwicklung vor nahezu einem Vierteljahrhundert vorausgeahnt oder sind Sie vom Erfolg der Messe selbst überrascht?

Hubert Rottner: Um mit Victor Hugo zu sprechen „nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“, freue ich mich über diese Entwicklung, obwohl es mir persönlich zu langsam geht.

dsp: BioInnung, Biofach und dazu die Biokonferenz als eigenständige Veranstaltungsreihe. Hat Nürnberg in Sachen

Bio-Netzwerke eine Vorrangstellung oder sind derartige Aktivitäten und Verknüpfungen andernorts, in Bayern und in anderen Bundesländern ebenfalls an der Tagesordnung?

Hubert Rotter: Also mir sind keine Städte bekannt, wo es so eine starke Vernetzung gibt. Wir stehen auch mit der IHK in einem sehr guten Dialog und stricken gerade an einem strategischen



pixelio.de/Helmut-J.-Salzer

Aktionsprogramm mit der Vision, die führende Bioregion in Europa zu sein.

dsp: In den Ökobranchen entstehen immer mehr Arbeitsplätze, wie sehen Sie hier die Entwicklung im Raum Nürnberg?

Hubert Rottner: Je mehr Nachfrage nach Bio, desto mehr Arbeitsplätze werden geschaffen. Leider hinkt die deutsche landwirtschaftliche Bioproduktion mangels Förderung hinterher,

viele Produkte werden importiert und die Arbeitsplätze sind anderswo.

dsp: Wie sicher sind diese Arbeitsplätze, die meist in Klein- und Mittelbetrieben angesiedelt sind?

Hubert Rottner: Die Branche hat sich als sehr krisenfest gezeigt, kaum Einbußen gehabt und das Arbeitsklima ist – im Gegensatz zu manch anderem Arbeitsplatz – familiär und sehr menschlich.

dsp: Gehört also ökologisch bewusstem Unternehmertum schlicht die Zukunft oder hat auch dieser Trend einmal ein Ende?

Hubert Rottner: Ich denke es ist die einzige Chance, mit einem nachhaltig ausgerichteten Unternehmertum die anstehenden Probleme zu lösen.

Zusammen mit den 300.000 Beschäftigten bei den erneuerbaren Energien, kommunalem Umweltschutz, nachhaltiger Forst- und Holzwirtschaft haben wir mehr Beschäftigte als in der Automobilindustrie – und das ohne große staatliche Unterstützung. Es ist höchste Zeit dass dies mal wahrgenommen und honoriert wird.

dsp: Nürnberg nennt sich seit kurzem stolz BioMetropole. Ist der Titel gerechtfertigt?

Hubert Rottner: Ja, denn wir haben eine Dichte an Aktionen und Akteuren, die gemeinsam arbeiten und diesen Titel rechtfertigen.

dsp: Es ist vorgesehen, in städtischen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten oder auch Verwaltungen, den Anteil der angebotenen Lebensmittel aus biologischem Anbau und möglichst von regionalen Erzeugern bis 2014 auf bis zu 50 Prozent anzuheben. Ist das für Sie realistisch?

Hubert Rottner: Der aktuelle Stand ist bei städtischen Kitas jetzt schon 40 Prozent, bei Schulen 20 Prozent, bei den Kliniken tut sich noch nicht viel, da sie nur 4,50 Euro pro Tag für den Essenseinkauf von den 800 Euro kriegen, die für einen Klinikaufenthaltstag abgerechnet werden! Aber auch hier werden sich der gesunde Menschenverstand und die gesunde Ernährung nicht aufhalten lassen.

dsp: Was kann die BioInnung zum Gelingen des ehrgeizigen Vorhabens beitragen?

Hubert Rottner: Wir sind im ständigen Austausch mit den städtischen Ämtern und machen zusammen Veranstaltungen für Großküchen, Schulleiter und Bürgermeister, wie jetzt auf der BioFach.

dsp: Herr Rottner, wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg. ■

SPD ARBEITSKREIS KNOBLAUCHSLAND

Politischer Aschermittwoch

Begrüßung: Thorsten Brehm, Stadtrat

Hauptrednerin: Angelika Weikert, MdL

Mittwoch 9.3.2011 18 Uhr

Siedlerheim in Schniegling, Leitenfeldstraße 34 - Eintritt frei.

Nürnberg

SPD

Sicherheit – und zwar für alle

Nach dem Dioxinskandal: Der Staat muss gesunde Ernährung sicherstellen

VON MARTIN BURKERT

■ In Nürnberg fand vor kurzem wieder einmal die BioFach statt. Sie ist eine der größten Messen ihrer Art und zieht Besucher aus aller Welt an. Ich konnte mir mit Kollegen aus dem Umweltausschuss und dem Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz des Bundestages ein Bild vom reichhaltigen Angebot der Branche machen. Die Messe spiegelte aus meiner Sicht bestens wider, wie stark das Bedürfnis der Menschen nach biologisch und ökologisch produzierten Lebensmitteln mittlerweile ist. Der Markt hat hierauf reagiert und kommt diesem wachsenden Bedürfnis entgegen.

Bei allem Lob für die Branche stand jedoch in vielen Gesprächen auf der Messe wieder einmal eine Frage besonders im Raum: Wie sicher sind eigentlich

unsere Lebensmittel? Dioxin im Hühnerfleisch, Dioxin im Schweinefleisch – das sind erschreckende Meldungen der vergangenen Wochen. Die Menschen sind beunruhigt und verunsichert. Vor allem Väter und Mütter fragen sich, ob sie ihren Kindern das Frühstücksei oder den Sonntagsbraten ohne Angst um deren Gesundheit auf den Tisch stellen können. Der Wunsch nach sicheren und gesunden Lebensmitteln ist für den Menschen eine existenzielle Frage. Denn Fleisch, Eier oder Teigwaren sind nicht einfach irgendwelche Produkte. Nein – sie sind Mittel zum Leben. Und wer sie isst oder für seine Kinder zubereitet, muss zu hundert Prozent sicher sein können, dass diese Lebensmittel nicht verunreinigt sind.

Besonders erschreckend für mich ist die Tatsache, dass die in Rede stehenden Lebensmittel nicht durch irgendwelche natürlichen Ereignisse verunreinigt worden sind. Viel schlimmer: Sie

sind das Produkt krimineller Machenschaften. Aus reiner Profitgier haben Futtermittelhersteller ihre mit Dioxin verunreinigten Waren an die Landwirte verkauft.

Die Bürgerinnen und Bürger stellen nun zu Recht die Frage, weshalb der Staat trotz aller Kontrollen bislang nicht in der Lage war, sie davor zu schützen. Wer Lebensmittel herstellt, der stellt nicht irgendetwas her. Nein, er hat eine



Martin Burkert mit MdB Heinz Paula, Augsburg.

besondere Verantwortung. Und der Staat ist in der Pflicht, effektiv zu kontrollieren, ob die Hersteller dieser Verantwortung gerecht werden.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion als Konsequenz aus dem Dioxinskandal einen Antrag zur Verbesserung der Lebensmittelsicherheit in den Bundestag eingebracht. Dies sind unsere wichtigsten Forderungen:

■ Strengere Kontrollen von Futter-Fetten. Die Hersteller müssen verpflichtet werden, jede Charge kontrollieren zu lassen. Die Futtermittel-Fette sind als Haupteingangsquelle der fettlöslichen Dioxine besonders sensibel und deshalb schärfer zu überwachen.

■ Die Grenzwerte für Futtermittelauflösungsstoffe und Vorprodukte müssen europaweit deutlich gesenkt werden. Für die Einzelkomponenten von Futtermitteln muss derselbe Grenzwert gelten wie beim Gesamtprodukt.

■ Die unabhängige Lebensmittelüberwachung muss gestärkt werden. Die sogenannte Eigenkontrolle reicht nicht aus. In anderen Bereichen wie etwa beim TÜV oder bei der Flugsicherung sieht man, wie Unabhängigkeit Sicherheit gewährleisten kann.

■ Die vom Staat beauftragten Untersuchungslabore und das Laborpersonal der Unternehmen müssen verpflichtet werden, alle Ergebnisse von Lebensmittel- und Futtermitteluntersuchungen unmittelbar an die zuständigen Überwachungsbehörden zu melden.

■ Angesichts des Verdachts auf organisierte Kriminalität brauchen wir Ermittlungseinheiten beim BKA und auch Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die Expertenwissen bündeln.

■ Es muss eine Diskussion über die Einführung eines Unternehmensstrafrechts geben. Denn es darf nicht sein, dass bei Vorliegen klarer Beweise ein Unternehmen davonkommt, nur weil

die Straftat keiner einzelnen Person zuzuordnen ist.

Bio-Lebensmittel stellen zweifelsohne eine gewisse Sicherheit für den Verbraucher dar. Hier wird die Lebensmittelkette effektiv kontrolliert und zertifiziert. Aber Bio-Lebensmittel sind eben auch oft ein gutes Stück teurer als herkömmliche Produkte. Das kann sich nicht jeder leisten. Wir dürfen daher nicht zulassen, dass es in Deutschland zu einer Art Zwei-Klassen-Ernährung kommt. Nicht das Einkommen darf darüber entscheiden, ob man sich Lebensmittel mit guter Qualität leisten kann oder nicht. Das ist mir als Sozialdemokrat besonders wichtig. Auch wer zu Nudeln, Fleisch oder Frühstücksei aus konventioneller Produktion greift, hat das Recht auf ein gutes und sicheres Lebensmittel! Gesunde Ernährung darf nicht zu einer Frage des Geldbeutels werden! Dafür müssen wir sorgen! ■

SPD RATHAUS-DEPESCHE

Ausgabe Nr. 123

März 2011

Zu den (hier gekürzten) Artikeln finden sie die dazugehörigen Anträge und Presseerklärungen der SPD-Stadtratsfraktion auf unserer Internetseite.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,

mit dem neuen Jahr nimmt auch die politische Arbeit der Fraktion Schwung auf und so widmet sich die neue Depesche, die nun mit dem Zusatz „Rathaus“ erscheint, einer Vielzahl von Themen, die uns auf den Nägeln brennen. Unsere Besuche und Gespräche vor Ort verdeutlichen unser Anliegen, Ihre Anregungen, Ihre Wünsche, aber auch Ihre Kritik aufzunehmen.

Aus unserer Veranstaltungsreihe neu-N konnten wir für die inhaltliche Arbeit Impulse aufnehmen, die wir nun aufgreifen und mit Anträgen vorantreiben wollen – die Elektromobilität ist hier ein Beispiel.

Die übergreifende Klammer unserer Arbeit ist die Lebensqualität vor Ort, sei es im Einsatz für das Schwimmbad in

Langwasser, sei es für die kommunale Daseinsvorsorge, wie im Bereich der Abfallentsorgung.

Politik wird an allererster Stelle vor der eigenen Haustür wahrgenommen, in den Städten und Gemeinden.

Zu deren lebenswerten Gestaltung braucht es nicht nur die Bereitschaft auf allen Seiten, Argumente auszustauschen und aufzunehmen, sondern auch den Willen, gemeinsam anzupacken. Für uns ist dies Verpflichtung, weiter mit Ihnen im Dialog zu bleiben.

Herzliche Grüße



Dr. Anja Pröhl-Kammerer

SPD steht zum Schwimmbad in Langwasser

Lange hat es gedauert, nun steht der Beschluss des Stadtrats: Das Schwimmbad in Langwasser wird gebaut. Unter einem Dach können damit ein Familienbad und ein Sportbad mit 50-Meter-Becken und extra Lehrschwimmbekken realisiert werden. Hier können die Nürnberger Schulen und Schwimmvereine (mit den Synchronschwimmerinnen) ihre Kurse anbieten. Während aktuell zu wenige Wasserflächen zur Verfügung stehen, werden dann sogar Wettbewerbe möglich sein.

Die Entscheidung für das Schwimmbad verzögerte sich unter anderem deshalb, weil zunächst geprüft wurde, ob ein Vereins- und Schulschwimmbad beim 1. FCN Schwimmern e.V. gebaut werden könnte.

Nachdem sich diese Idee aufgrund der ausufernden Kosten zerschlagen hatte, wurde anschließend eine Tragluft-



halle über dem Freibad des „Clubs“ ins Gespräch gebracht.

Nach eingehender Prüfung hat sich jedoch herausgestellt, dass auch eine Traglufthalle zu viel „kosten“ würde – und zwar in ökologischer wie in ökonomischer Hinsicht. Alleine der Wärmebedarf würde sich in der Traglufthalle verdreifachen, was bei stei-

genden Energiepreisen die Heizkosten in die Höhe treiben würde. Überdies wäre nicht genügend Platz für die Schulklassen. Um ihnen den Schwimmunterricht zu ermöglichen, müssten dann alle anderen Bäder in der Stadt täglich von 8.00 bis 16.00 Uhr reserviert und für die Öffentlichkeit geschlossen werden.

Der von der CSU als „Sparalternative“ ins Feld geführte Vorschlag hätte also in der Praxis bedeutet, entweder den Schwimmunterricht für unsere Kinder zu streichen oder die Hallenbäder erst ab 16 Uhr für die Besucherinnen und Besucher zu öffnen. Die SPD hat diese Idee abgelehnt. Die beste Lösung bleibt der Bau des Schwimmbads in Langwasser. Dieser wird 2013 beginnen.



100 Jahre Internationaler Frauentag - ohne Gleichstellung kein Fortschritt

Als vor 100 Jahren am 8. März 1911 zum ersten Mal Frauen auf die Straße gingen, um für ihre Rechte zu demonstrieren, lag noch ein weiter Weg zur Gleichstellung vor ihnen.

Mittlerweile haben wir viel erreicht und gäbe es die aktuelle Debatte um die Quote nicht, wäre für manche(n) Gleichstellung kein Thema mehr.

Auf Betreiben der SPD-Stadtratsfraktion gehörte die Stadt Nürnberg auf diesem Gebiet immer zu den Vorreitern in Deutschland, was zum Beispiel die Unterstützung von Projekten und Einrichtungen für Frauen betrifft, die mittlerweile selbstverständlicher Bestandteil der soziokulturellen Landschaft sind. Eine Frauenbeauftragte und einen Frauenförderplan hatte Nürnberg lange vor anderen Städten. Mit Erfolg: In den letzten 20 Jahren

hat sich der Anteil der Frauen an den Beschäftigten in der Stadtverwaltung kontinuierlich auf 50 Prozent erhöht und mittlerweile steigt auch ihr Anteil im gehobenen Dienst und in den unteren und mittleren Leitungsebenen langsam, aber beständig an.

Allerdings sind wir trotz dieser Erfolge noch meilenweit von einer Gleichstellung im Personalwesen entfernt, insbesondere was das Riesendefizit von Frauen in den höheren Führungspositionen betrifft, denn auch in der Verwaltung stoßen Frauen ab einer bestimmten Ebene an die „gläserne Decke“.

Hier müssen wir in den nächsten Jahren Bedingungen schaffen, die es Frauen ermöglichen, Führungspositionen zu besetzen. Dazu gehören Rahmenbedingungen wie familien-

freundliche Arbeitszeiten und die Möglichkeit einer „Führung in Teilzeit“. Aber auch die Bereitschaft, Frauen zu motivieren, Führungspositionen zu übernehmen und gezielt Frauen für derartige Positionen zu suchen – in der Verwaltung ebenso wie in den Tochterunternehmen.

Zur fairen Teilhabe gehört ebenso zwingend der Abbau der Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen. Noch immer verdienen Frauen durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer! Darüber hinaus ist eine gleichmäßigere Aufteilung der Elternzeit von Nöten und sind Verbesserungen im Steuer- und Sozialversicherungsrecht anzustreben. Der 8. März macht also nach wie vor Sinn!

Weitere Informationen: Gabriele Penzkofer-Röhl; 0911 - 330090; gabi.penzkofer-roehrl@odn.de



Vorfahrt für den Kreisverkehr?

Egal ob im Verein, bei der Kartelrunde oder beim Familientreffen, wer ein Gespräch über Kreisverkehre anstößt, findet sich meist in einer lebhaften Debatte wieder. Die „Kreisel“ bekommen dabei immer mehr Anhänger. Doch der Teufel steckt oft im Detail. Eine generelle Festlegung ist schwierig. Hier eine kurze Erläuterung:

Kreisverkehre mit einer Fahrspur sind sicherer und billiger als Ampelanlagen. Die Voraussetzung für ihr Funktionieren ist allerdings, dass die Belastung über die Zufahrten gleichmäßig verteilt ist. Ist dies nicht der Fall, oder ist die Verkehrsbelastung zu hoch, werden Bypässe nötig. Mit ihnen wird der Verkehr in einer Richtung am eigentlichen Kreisverkehr vorbei ge-

führt. Der Flächenbedarf und die Baukosten steigen damit jedoch an.

In Nürnberg gibt es sieben einstreifige Kreisverkehre ohne Bypässe, auf denen der Verkehr läuft. Weitere sieben



werden derzeit geplant. Immer dann, wenn eine Ampelanlage erneuert werden muss, wird zudem automa-

tisch geprüft, ob man sie durch einen Kreisel ersetzen kann.

Für die Kreuzung Vorjurastraße/Wiener Straße haben wir einem Kreisverkehr mit drei Bypässen zugestimmt, weil die vielen Fahrzeuge hier sonst im Stau stecken bleiben würden. Dies zeigt, dass die Entscheidung, ob und welcher Kreisverkehr gebaut werden kann, immer im jeweiligen Einzelfall getroffen werden muss. Die SPD ist für Kreisel dort, wo sie baulich, verkehrstechnisch und finanziell machbar und damit sinnvoll sind. Für eine pauschale Festlegung, um sich politisch zu profilieren, wie es die CSU im Verkehrsausschuss versuchte, eignet sich das Thema nicht.

Weitere Informationen: Jürgen Fischer; 0911 - 565770; piscis@t-online.de



Elektromobilität - Umweltfreundlich und zukunftsfähig!

Elektrofahrzeuge machen eine umweltfreundliche und zukunftsfähige Mobilität möglich. Ihre Förderung genießt für die SPD-Stadtratsfraktion daher eine hohe Bedeutung. Für die Elektromobilität sprechen unter anderem:

- Klima- und Umweltschutzaspekte (CO₂- und Schadstoffreduktion)
- Eine verringerte Abhängigkeit von erdölbasierten Kraftstoffen
- und die Tatsache, dass für eine Million E-Fahrzeuge nach neuen Untersuchungen jährlich nur rund 0,3 Prozent mehr Strom erzeugt werden müsste.

Gleichzeitig bieten die Batterien der Fahrzeuge die Chance, durch die Speicherung von Strom aus erneuerba-

ren Energien zur Netzstabilität beizutragen. Die SPD-Stadtratsfraktion hat deshalb schon im Herbst 2010 als Ergebnis einer Veranstaltung der Informationsreihe **neu-N** einen Modellversuch zur Einführung eines Elek-



trofahrzeugs bei der Stadtverwaltung angeregt. Leider sieht der Service Betrieb Öffentlicher Raum (SÖR) die Zeit hierfür noch nicht gekommen.

Da bisher noch keine Serienmodelle auf dem Markt erhältlich seien und noch nicht genug verwertbare Ergebnisse vorliegen, sollte man nach den Wünschen von SÖR noch weitere Entwicklungen abwarten und erst zu einem späterem Zeitpunkt wieder aktiv werden.

Für die SPD ist dies aber **keine** Option. Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen, wenn man die Elektromobilität in der Region Nürnberg weiter fördern will. Man kann nicht nur mehr Innovationen fordern, sondern muss auch selbst etwas tun. Die Stadt wurde daher von der SPD aufgefordert, die zögerliche

Haltung aufzugeben und möglichst schnell in einen Modellversuch einzusteigen.

Weitere Informationen: Christian Vogel; 0911 - 231 2906 ; spd@stadt.nuernberg.de



Sichere Abfallentsorgung bedroht

Am 26. Januar 2011 verabschiedete der Stadtrat in Nürnberg eine Resolution, die sich gegen einen Referentenentwurf zur Neuordnung des Abfallkreislaufgesetzes richtet. Der Grund: Der Entwurf gefährdet die kommunale Müllentsorgung.

Abfälle aus Privathaushalten sind keine x-beliebige Handelsware. Dennoch sieht der marktliberal geprägte Entwurf eine Stärkung der gewerblichen Sammlungen und somit der privaten Entsorgungswirtschaft vor. Dies würde zu Lasten der bewährten kommunalen Abfallentsorgung gehen und hat bereits in der Vergangenheit zu erheblichen Fehlentwicklungen geführt. Nürnberg hat über Jahrzehnte hinweg eine Abfallentsorgung aufgebaut, die

die Wertstoffe effizient sammelt, für ihre Weiterverwertung sorgt und eine ökologisch schonende Beseitigung des Restmülls gewährleistet.

So haben sich zum Beispiel die Wert-



stoffhöfe bisher sehr bewährt. Wenn nun per Gesetz eine verpflichtende Wertstofftonne eingeführt werden würde, müssten diese, mit den Gebühren der Bürgerinnen und Bürger,

errichteten Wertstoffhöfe wieder schließen.

Der Börsenkurs der Reststoffe würde darüber bestimmen, ob etwas als Wertstoff oder als Abfall einzuschätzen

ist: Wenn es Wertstoff ist, fließt dieser den privaten Entsorgungsbetrieben zu, ist es wertloser Abfall, müssen die Kommunen die Aufgabe der Entsorgung übernehmen. Dadurch können die Städte die Menge des anfallenden Mülls nicht mehr abschätzen. Um stabile und sozialverträgliche Gebühren zu garantieren,

müssen die Kommunen aber verlässlich planen können. Die geplante Neuordnung lehnen wir daher entschieden ab!

Weitere Informationen: Thorsten Lunz; 0911 - 4622037; loethe@googlemail.com



Gespräche, Besuche, Beratungen

Miteinander war ein Schlagwort der SPD vor der letzten Stadtratswahl. Miteinander mit den Bürgern, Vereinen und Initiativen in der Stadt entwickelt die SPD-Stadtratsfraktion



seitdem ihre Politik für das Nürnberger Rathaus. Grundlage eines guten Gesprächsklimas und für einen offenen Gedankenaustausch ist dabei, den jeweiligen Gegenüber nicht nur als Interessenvertreter, sondern auch als Person kennenzulernen. Ein erstes Treffen mit den Mitgliedern des neu gewählten **Behindertenrates** der

Stadt Nürnberg sollte hierzu Gelegenheit geben. Aber auch inhaltliche Themen, wie die Behindertenarbeit des Bezirks Mittelfranken oder die Berücksichtigung der Bedürfnisse behinderter Menschen bei Straßenplanungen wurden besprochen.

Die Belange der älteren Einwohner standen auf der Tagesordnung einer Unterredung mit dem Vorstand des **Stadtseniorenrates**. Konkret wur-



den der Einsatz der E-Mobile auf den Friedhöfen, die Bewegungsparks und weitere Themen erörtert.

Über die Aufbauarbeit des **Vereins der Griechischen Unternehmer** berichte-

te Charalampos Oustapaidis die Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion. 30 Firmen und Selbständige konnten im ersten Jahr des Bestehens gewonnen



werden. Nun wird an einer weiteren Vernetzung gearbeitet.

Über die Arbeit des **Hospiz-Teams Nürnberg e.V.** informierte sich die Arbeitsgruppe Soziales und zeigte sich über das Engagement tief beeindruckt.

Eine intensive Beratung führten die SPD-Stadträte mit der **türkischen Generalkonsulin Ece Öztürk-Çil** über die aktuelle Integrationspolitik und die Situation in Nürnberg.

Splitter aus den Stadtteilen

FISCHBACH Die SPD setzt sich für eine bessere Nahversorgung der Menschen in Fischbach ein und spricht sich für die Prüfung einer zentralen Einkaufsmöglichkeit mit Metzger, Bäcker und Frischobst im Stadtteilzentrum aus.

KORNBURG – GREUTH – BIRNTHON Auf Kritik der SPD –Stadtratsfraktion hin, plant die Stadt Maßnahmen für schnelle Internet-Anschlüsse speziell in den Ortsteilen Kornburg, Greuth und Birnthon. Langsame Verbindungen sind für die Nutzer nicht nur lästig, sondern in Gewerbegebieten ein klarer Standortnachteil.

LANGWASSER Auf Initiative der SPD soll die kommunale Verkehrsüberwachung auch auf die Gebiete rund um

Neuselsbrunn und die Sonnenstraße ausgeweitet werden. Hintergrund ist das chaotische Parkverhalten vieler Messebesucher und Pendler in der Umgebung des U-Bahnhofs Bauernfeindstraße.

NORDOSTBAHNHOF Die SPD drängt auf eine Lösung der Parkprobleme im Bereich des Einkaufszentrums Mercado. Viele Bewohnerinnen und Bewohner finden nur noch belegte Parkplätze vor. Im Gespräch ist auch die Einrichtung von Anwohnerparkplätzen.

ZABO Die SPD-Stadtratsfraktion erteilt einer Traglufthalle beim „Club“ eine klare Absage. Diese wäre aus ökonomischen und umweltpolitischen Gründen keine adäquate Alternative

zum geplanten Schul- und Vereinsbad in Langwasser.

WÖHRD Die SPD will gegen die Rasererei in der Ludwig-Feuerbach-Straße vorgehen, um Gefahren und Unfälle zu vermeiden. Hintergrund ist, dass die verkehrsberuhigte „Zone-30“ oft als „Schleichweg“ genutzt wird, wobei es zu Geschwindigkeitsübertretungen kommt.

ZIEGELSTEIN Auf Initiative der SPD entstehen noch in diesem Jahr 20 neue Parkplätze für Autos und 5 für Motorräder in der Bessemerstraße. Diese werden nun quer statt längs angeordnet. Die Verengung wirkt gleichzeitig dem Problem von Geschwindigkeitsübertretungen in der „Zone-30“ entgegen.

Termine

8.3.2011, 19:30 UhrSPD Johannis:
Aktiventreffen
ATHOS, Johannisstr. 118**8.3.2011, 19:30 Uhr**SPD Nordostbahnhof:
Aktiventreffen
AWO-Treff, Leipziger Str.
55**9.3.2011, 18:00 Uhr**AK Knoblauchsland: Po-
litischer Aschermittwoch
im Knoblauchsland**14.3.2011, 19:30 Uhr**SPD Hasenbuck:
Rote Runde Hasenbuck
Gasthof Süd, Ingolstädter
Str. 151**14.3.2011, 19:30 Uhr**NürnbergSPD:
„Jusos laden ein...“
„Alkoholverbot an Tank-
stellen“, mit Helga Schmitt-
Bussinger, MdL.
SPD Sitzungszimmer,
Karl-Bröger-Str. 9,
Mitglieder jeden Alters
und Nichtmitglieder sind
herzlich eingeladen.**14.3.2011, 19:30 Uhr**SPD Zabo: SPD heute
Diskussion mit Bundes-
ministerin a.D. Renate
Schmidt und Stadtrat
Jürgen Fischer, Gasthof
Heidekrug (Saal), Wald-
luststr. 67**14.3.2011, 19:30 Uhr**SPD Almoshof/Thon: Ak-
tiventreffen
Aktiventreffen Kulturla-
den Schloss Almoshof, Al-
moshofer Hauptstraße 51

Der tunesische Jasmin breitet sich aus

Unterstützung aus Europa ist notwendig

VON GÜNTER GLOSER

■ Anfang Februar besuchte ich als einer der ersten deutschen Politiker Tunis nach der Revolution. An den Ausfallstraßen, wichtigen Gebäuden und Plätzen standen vereinzelt Panzer, in manchen Stadtbezirken türmte sich Müll, wichtige Gebäude waren weniger intensiv bewacht. Einer meiner Gesprächspartner, der 2. Außenminister der Übergangsregierung war verschwunden bzw. trat einstweilen öffentlich nicht in Erscheinung. Am folgenden Sonntag wurde sein Rücktritt vermeldet.

Bei meinem Besuch acht Wochen zuvor Anfang Dezember schien oberflächlich noch alles in Ordnung. Am Rande einer Tagung fand ich Gelegenheit zu Gesprächen mit Regierungs- und Oppositionsvertretern. Es brodelte schon

back durch alte Kader aus der ehemaligen Staatspartei RCD und dem Sicherheitsapparat. Andere, darunter ehemalige Amtsträger, gestehen ein, dass der eingeleitete Prozess unumkehrbar sei.

Die wirtschaftliche Lage Tunesiens verschlechterte sich in den letzten Wochen, insbesondere durch den Zusammenbruch des Tourismus. Wichtig ist, dass der Reformprozess in ruhige Bahnen gelenkt wird, damit die Hotelunternehmen und die im Bereich des Tourismus Beschäftigten genau so wenig Angst haben müssen, wie die Touristen, die dann wieder ins Land kommen. Die Lage in den Betrieben bleibt unübersichtlich. Streiks für bessere Arbeitsbedingungen sind ausgebrochen. In anderen Betrieben lief die Produktion wieder an. Auch deutsche Unternehmen sind in Tunesien aktiv:

z. B. in der Automobilzuliefer- oder der Bekleidungsindustrie. Bleiben diese Unternehmen dem Standort Tunesien treu?

Was jetzt in Tunesien fehlt, sind über Parteigrenzen hinweg respektierte Persönlichkeiten oder Institutionen, welche die Ergebnisse und den Umbruchprozess sichern. Eine Erwartung, welche in Ägypten in das Militär gesetzt wird.

Europa muss helfen

Natürlich muss die Umgestaltung in den Länder selbst vollzogen werden. Nicht von



Günter Gloser (rechts) sprach in Tunesien mit Dr. Mustapha Ben Jaafar, dem Generalsekretär des Forum Démocratique pour le Travail et les libertés (FDTL). Links neben den beiden Ralf Melzer, der Leiter des Büros der Friedrich Ebert Stiftung in Tunis

damals, nach außen hin noch weitgehend unbemerkt. Das Regime wusste von den Funken überm Land: So stand im Mittelpunkt der Tagung ein Thema, das Zündfunke werden sollte: die anwachsende Arbeitslosigkeit unter den jungen, v.a. den akademisch ausgebildeten Menschen.

Als der Funke Feuer wurde und sich aufs ganze Land ausbreitete offenbarte sich die Tragweite des Problems: zu spät aus der Sicht des Regimes. Noch herrscht Misstrauen im Land, trotz einiger positiver Zeichen der Übergangsregierung. Die lange verfolgte Opposition und viele der Demonstranten befürchten ein Roll-

der Hand zu weisen aber ist die Notwendigkeit der Unterstützung. Deutschland wie die Europäische Union könnten diese in vielen Bereichen leisten. Die erste Reaktion der EU war allerdings enttäuschend: eindeutige Signale? Fehlanzeige! Die Debatte über die Flüchtlinge aus Tunesien artete zum Trauerspiel aus. Und auch in Deutschland redeten einige einer Festung Europa das Wort. Ich rede hier nicht von einem grenzenlos offenen Europa, aber von Aussagen wie „in Nordafrika wehe ein Hauch wie 1989“, können sich die Menschen wenig kaufen. Deshalb erwarten die Menschen ja Unterstützung aus Europa: für Perspektiven im eigenen Land! ■

Parteileben: Ein Artikel zum Fasching

Zwischenfall im Morgengrauen I

VON PETER SCHMITT

■ Szene: Büro des städtischen Rechtsdirektors. Dr. Hartmut Frommer schaut zum Fenster hinaus auf den Hauptmarkt und sinniert: „Schad, dass de Stühl jedschd wieder weg sind. Des hätt jede Tag so e schöne Aufruhr gäbe.“

Das Telefon klingelt, die Sekretärin meldet: „Herr Andreas Franke von den Nürnberger Nachrichten ist dran.“

Frommer: „Herr Franke, was gibsch?“

Franke: „Schönen guten Tag Herr Dr. Frommer, ich habe da ein etwas pikantes Problem ...“

Frommer: „Was isch in Nürnberg schon pikant?“

Franke: „Es geht immerhin um den Rathauschef.“

Frommer: „Um mich, i hänt nix angescheld?“

Franke: „Nein, um Herrn Dr. Maly.“

Frommer: „Ach so, ich dächt scho, des wär was Ernschthafes.“

Franke: „Ist es auch. Wir haben im Polizeibericht eine unangenehme Sache gefunden.“

Frommer: „Mir isch nix unangenähm, läget Sie los.“

Franke: „Der Herr Oberbürgermeister soll heute Morgen beim Joggen am Ludwigskanal zuerst einem Fischer die Angelleine abgerissen und dann eine ältere Dame ins Wasser gerempelt haben. Das hat vermutlich juristische Folgen und da wollte ich Sie als Experten befragen.“

Frommer: „Im Grund isch alles auf der Welt ä jurischdische Frage.“

Franke: „Es geht wahrscheinlich um Sachbeschädigung und um einen Fall von Körperverletzung.“

Frommer: „Des saget Sie so leicht dahär als Laie. Bei einer Sachbeschädigung muss zunächst überhaupt ä sichtbare Sache vorhande sei. Soviel i woisch sind diese Angelschnürle aber aus äm durchsichdige Material, also rein jurischdisch gsähe gar net vorhande.“

Franke: „Aber die ist eindeutig gerissen, weil der Herr Dr. Maly drübergestolpert sein soll.“

Frommer: „Jurischdisch gsähe is stolpere koi Tatbestand, au wenn dabei ä Fädle grisse isch.“

Franke: „Bleibt aber noch die Renterin im Kanal, was ohnedies schwerer wiegt.“

Frommer: „Des kann man so au net sage. Vielleicht isch de alte Frau von selber ins Wasser neigsprunge, weil ihr so danach gwäse isch.“

Franke: „Bei nur plus fünf Grad dürfte das kaum der Fall sein.“

Frommer: „Was dschoggt der Maly au bei so einer Saukält in der Gägend herum?“

Franke: „Das macht der jeden Morgen.“

Frommer: „Da ham mers scho. Dann isch de Lauferei quasi ein ständig wiederkehrendes Naturphänomän. Da hat so e Alte net dazwische zu hupfe. Da isch sie gewissermaßen selber schuld, wenn se dann in den Bach noifällt.“

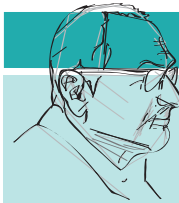
Franke: „Das ist ja sehr aufschlussreich, aber die Frau hätte womöglich ertrinken können, müsste in dem Fall nicht wenigstens von einer Mitschuld des Oberbürgermeisters ausgegangen werden.“

Frommer: „Noi, des mächt i so net sage. Da müsset man erschd no kläre, ob de alt Frau net sogar den Oberbürgermeister vorsätzlich hat in Schwierigkeite bringe wolle. Mit äm politisch motivierte Selbschmordattentätle sozusage. Bloß isch halt der Maly dabei net au ins Wasser gfallte. Sie solltet mal nachfrage, ob die bei der Linkspartei oder gar bei der Grüne Mitglied isch?“

Franke: „Dann müsste in diesem Fall gegen sie selbst ermittelt werden?“

Frommer: „Noi, da könned de Alte ganz beruhigt sein, wir machet da nix. Vielleicht isch sie ja sowieso ertrunke und jurischdisch gsähe gibsch nach dem Tod koi Strafverfolgung mehr.“

Franke: „Danke Herr Dr. Frommer. Ich denke, ich habe Sie richtig verstanden und werde Ihre Auskunft in meinem Bericht so wiedergeben.“ ■



Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

Viele Leute sind felsenfest davon überzeugt, dass es sich nicht lohnt, in Parteiblättern zu lesen. Da stünde doch nur das ewige Selbstlob der Politiker jedweder Couleur drin. Mag sein, dass wir uns dem Inhalt des Vorwärts nicht immer mit der gebührenden Inbrunst zuwenden und nur das Kreuzworträtsel lösen. Weil es so schön einfach ist.

Neulich aber konnte man durchaus Interessantes entdecken. Da gibt es in Berlin Leute, die auch solchen Mitmenschen zu Eintrittskarten verhelfen, die sich Theater- und Konzertbesuche von ihrem schmalen Einkommen einfach nicht leisten können, aber doch gern mal hingehen würden. Das System funktioniert nach dem Prinzip der allerorten erfolgreichen Lebensmitteltafeln. Karten, die nicht verkauft wurden, gehen gratis an gewiss erfreute Kulturkonsumenten. Wäre doch auch in Nürnberg eine feine Sache.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Hans Makilla

Redaktion: Christian Vogel, Christian Probiuß, Thorsten Brehm, dsp@spd-nuernberg.de

Redaktionsanschrift:

der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

14.3.2011, 19:00 Uhr**SPD Lichtenhof:****Mitgliederversammlung**

Thema: Nordafrika und Naher Osten: Auf dem Weg zur Demokratie?

Referent: Raef El-Ghamri, in Deutschland lebender Ägypter

Gutmann am Dutzendteich, Bayernstraße 150

15.3.2011, 19:30 Uhr**SPD Worzeldorf:****Aktiventreffen**

Ort: Sportgaststätte SC-Worzeldorf, Friedrich-Overbeck-Straße

15.3.2011, 14:00 Uhr**SPD Almoshof/Thon:****Nachmittagstreff**

mit Kaffee und Kuchen von der Arbeiterwohlfahrt Kulturladen Schloss Almoshof, Almoshofer Hauptstraße 51

15.3.2011, 19:30 Uhr**SPD Arbeitskreis Schwuos: Treffen**

Fliederlich-Zentrum, Breite Gasse 76

15.3.2011, 19:30 Uhr**SPD Gostenhof:****OV-Treffen**

Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str.

15.3.2011, 19:30 Uhr**SPD-Fischbach:****Mitgliedertreff**

Sportheim TSV Altenfurt, Wohlauerstrasse

16.3.2011, 19:30 Uhr**SPD Steinbühl:****Ortsvereinssitzung**

Planungstermin

Parteilieben: Aus den Ortsvereinen

SPD Worzeldorf: Eine Idee, ein Essen und viel Freude

„Warum nicht mal ein Essen für Behinderte organisieren?“, dachte sich Angelos Koliopoulos, der sympathische Wirt des griechischen Restaurants Athen im Nürnberger Stadtteil Worzeldorf. „In Griechenland gehört Hilfe für sozial Schwache zum Alltag und wird nicht nur der Kirche oder Vereinen überlassen“, so Koliopoulos weiter. Seine Idee erzählte er Renate Dittrich, Ortsvereinsvorsitzende der SPD-Worzeldorf, die daraufhin mit INTEGRAL, dem Verein zur Förderung der Integration zwischen Menschen mit und ohne Behinderung, Kontakt aufnahm. Ende Januar, an einem Dienstag Abend, war es dann soweit: Von Giris bis Souvlaki, vom griechischen Salat bis zum Joghurt mit Honig – die achtzehn Behinderten ließen sich vom leckeren Essen verwöhnen und verlebten einen unbeschwernten Abend zusammen mit einigen Wor-

zeldorfer Sozialdemokraten, die sich spontan zum freiwilligen Fahrdienst gemeldet hatten. Mit dabei auch SPD-Stadtrat Harald Dix, immer bereit Rede und Antwort für die Behinderten zu stehen. Das gesellige Miteinander bereitete den Behinderten viel Freude, bis zum Schluss hörte man ihr Lachen und Kichern in der Gaststätte. Mit ein Grund, dass sich die Leitung von INTEGRAL noch einmal bei Renate Dittrich und Angelos Koliopoulos für diesen schönen Abend bedankte. Für die Ortsvereinsvorsitzende Dittrich eine Selbstverständlichkeit: „Dieser Abend hat gezeigt, wie einfach und schön es sein kann, Gutes zu tun. Vielleicht finden sich ja weitere Unterstützer mit Ideen und Spenden“. Und Koliopoulos fügte hinzu: „Soviel Lachen und Freude ist etwas ganz Besonderes – ein besonderes Dankeschön für uns alle.“ ■

Erfolgsfaktoren eines Neujahrsempfangs*SPD Eibach/Röthenbach/Maiach und SPD Gebersdorf/Großreuth:*

Was haben Günter Stöbel, Lizzy Aumeier, Miller the Killer und Hilde Pohl gemeinsam? Künstler aus dem Musikbereich, in Franken beheimatet oder mit Franken verbunden! Stimmt, aber noch eines – sie sind in den letzten Jahren auf den gemeinsamen Neujahrsempfängen der Ortsvereine Eibach/Röthenbach/Maiach und Gebersdorf/Großreuth aufgetreten, was unsere eingeladenen Gäste mit kontinuierlich steigenden Besucherzahlen (in 5 Jahren nahezu eine Verdopplung) honorierten.

So gab in diesem Jahr die „wilde“ Hilde Pohl, „Frankens einzige Swingpianistin mit einer Mixtur aus Klassik, Jazz, frechen Songs und einem großen Schuss Improvisation“, ihre Visitenkarte ab. Und das vor einem mit gut 130 Gästen voll besetzten Haus (und wir hatten geglaubt, eine Steigerung wäre nicht mehr möglich!), was uns in vieler Hinsicht an unsere Kapazitätsgrenzen brachte. Mit frechem Programm, das auch vor der Beteiligung des Publikums nicht haltmachte, riss sie dieses zu „Standing Ovation“ hin (gut, dass vorher gezeigt wurde, wie das geht). Nach diesem „Vorprogramm“ war es einerseits leicht, dennoch

aber auch schwer (wie erklärt man „Neujahrsempfang mit Frauenpower“?) für Christian Vogel, Rückblick auf die wirtschaftlich/politische Entwicklung zu geben, aber auch Maß-



nahmen und Forderungen aufzuzeigen, bevor Imbiss und ein nochmaliges Intermezzo von Hilde Pohl den offiziellen Teil der Veranstaltung beschlossen.

Der Dank für Einladung und das Lob unsere Gäste für die Veranstaltung waren „das Brot des Veranstalters“. Was macht „unseren Erfolg“, denn als solchen betrachten wir die Reihe

Parteileben

unserer Veranstaltungen, aus? Vielleicht trifft die Aussage eines Besuchers zu, der meinte, die Programm Mischung wäre immer gut gelungen. Ausgestaltung des Veranstaltungsortes, flotte Begrüßung/ Moderation, ein künstlerisches Programm mit etwas bekannteren regionalen Künstlern und – quasi als „Zugabe“ – der politische Redner. Glauben wir doch nicht, dass die Mehrzahl der Besucher nur wegen der politischen Reden gekommen ist; aber in Verbindung mit künstlerischem Programm,

dem ganzen sonstigen Paket, das auch einen kleinen Imbiss (aber kein Freibier) umfasst, erhalten wir Gelegenheit, unsere Botschaft an die mit vielen „Multiplikatoren“ der Stadtteile gespickten Zuhörerschaft weiterzugeben, Kontakte zu knüpfen bzw. zu vertiefen – und das mit dem unausgesprochenen Versprechen: „Wir sehen uns nächstes Jahr wieder!“.

Also dann auf ein Neues, denn nach der Veranstaltung ist vor der Veranstaltung! ■

Leiharbeit – moderne Sklaverei?

Jusos Nürnberg fordern menschlichen Kapitalismus

VON Y. YILMAZ, N. AHMET, R. SIEBENTRITT

■ Die Grundidee der Leiharbeit ist eine gute, hört man vielerorts: Das Auffangen von Auftragspitzen und von Hochkonjunkturphasen – Leiharbeit als eine Ausnahme zum Regelarbeitsverhältnis – all das sei positiv zu bewerten. Doch damit hat die Realität leider nichts mehr zu tun! Für knapp zwei Millionen Menschen ist Leiharbeit die Regel geworden.

Die Instrumentalisierung der Leiharbeit begann mit der einsetzenden Massenarbeitslosigkeit Ende der 70er Jahre. Schuld an dem Ende der Vollbeschäftigung sei der überkommene Arbeitsmarkt – würde man ihn nur genügend flexibilisieren, so würden wieder Arbeitsplätze entstehen. So weit zumindest die damalige und nachhaltige wirtschaftswissenschaftliche Theorie.

Die diesem Dogma folgende Politik fand ihren unglücklichen Höhepunkt in der Regierungszeit der „Neuen Sozialdemokratie“. Die heutige Situation zeigt, dass dieses Dogma als widerrufen gilt. Trotz Flexibilisierungs- und Deregulierungsorgien gibt es weiterhin die Massenarbeitslosigkeit – hinzu kommt aber als Produkt dieser Politik eine steigende Arbeitsarmut.

Zu diesem Prekariat gehören Leiharbeiter, die so schlecht dastehen, wie nie zuvor! Neben dem für die Leiharbeit ‚normalen‘ psychischen Druck, jederzeit entlassen werden zu können, verdienen sie deutlich weniger als Festangestellte. Ihre Hoffnung diesem Wahnsinn zu entkommen ist verschwindend gering. Vor

allem wegen geringerer betriebswirtschaftlicher ‚Risiken‘ setzen Großbetriebe dauerhaft auf Leiharbeit. Die Vorstellung der Leiharbeit als Übergangsphase bleibt somit ein Märchen. Die Leiharbeit muss dem Normalarbeitsverhältnis angepasst werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn das Prinzip von „Equal Pay“ absolut und uneingeschränkt eingeführt und eingehalten wird. Alle Möglichkeiten zur Nichteinhaltung müssen unbedingt unterbunden werden.

Die Praxis lehrt uns zudem, dass es auch auf anderen Ebenen krankt, weshalb die Einkommensgleichstellung zwar zentral aber nicht ausreichend ist. Auch die Absicherung durch das Sozialversicherungssystem scheint für viele Leiharbeiter nicht selbstverständlich.

Um das durch die Flexibilisierung der Leiharbeit entstandene moralische Dilemma, überwinden zu können, gibt es nur einen Weg: die Umkehrung der Flexibilisierung! Wir wollen nicht, dass Stammebelegschaften in großen Teilen durch prekäre Leiharbeit ersetzt werden. Wir wollen das Ende des unwürdigen Umgangs mit Menschen in Leiharbeit, die zu Hungerlöhnen arbeiten müssen und die Entsolidarisierung der Arbeiterschaft am stärksten zu spüren bekommen.

Wir fordern eine sozialverträgliche und gleichgestellte Leiharbeit. Dazu brauchen wir vor allem „Equal Pay“. Dazu brauchen wir jedoch auch eine Selbstverpflichtung der Leiharbeitsfirmen zu einem „Ehrenkodex“. ■

Termine

16.3.2011, 19:30 Uhr

SPD Hummelstein:

Aktiventreffen

Lichtenhofer Wirtshaus,
Gyulaer Str. 5

16.3.2011, 19:30 Uhr

AsF-Treffen

Sitzungszimmer im Karl-
Bröger-Haus, Karl-Bröger-
Str. 9

16.3.2011, 19:00 Uhr

SPD Rangierbahnhof:

Aktivensitzung

BLW Vereinslokal Futter-
hütte, Richard-Benzinger-
Weg 33a

17.3.2011, 19:00 Uhr

SPD AK gegen Rechts:

Treffen

Haus der Kath. Stadtkir-
che, Vordere Stern gasse 1
Thema: Fest der Demokra-
tie und Befreiung am 20.
April

18.3.2011, 19:30 Uhr

SPD-Fischbach:

Mitgliedertreff

Sportheim TSV Altenfurt,
Wohlauerstrasse

22.3.2011, 19:30 Uhr

**SPD Nordbahnhof-Vogel-
herd: Mitgliederversamm-
lung**

Weinwirtschaft Friedrich-
straße 11

22.3.2011, 19:00 Uhr

SPD Rangierbahnhof:

**„Schlaglöcher dank Lan-
desbank!“**

Referentin: Helga Schmitt-
Bussinger, MdL, Genos-
senschaftssaalbau, Matt-
häus-Herrmann-Platz 2

SPD Nürnberg - Karl-Bröger-Straße 9 - 90459 Nürnberg

Termine

27.3.2011, 17:45 Uhr

SPD Muggenhof:
DIE Muggenhofer
SPD-Wahlparty
zur Baden-Württemberg-
und Rheinland-Pfalz-Wahl.
Treffen, Reden, Austausch-
essen, Trinken, Politi-
sieren, ...
Gaststätte „Zum Bühler“,
Seeleinsbühlstr. 9, Nähe
U-Bahn Maximilianstr.

29.3.2011, 20:00 Uhr
Arbeitskreis Knoblauchs-
land: 293. AK-Sitzung
gemeinsam mit dem OV
Boxdorf

29.3.2011, 14:00 Uhr
AvS Franken:
Jahreshauptversammlung
Mit Martin Burkert, MdB:
„Die Zukunft der Bundes-
bahn“, Karl-Bröger-Zen-
trum, Nürnberg

29.3.2011, 19:30 Uhr
SPD Leonhard/Schwei-
nau: Nach der Wahl ist
vor den Wahlen!
Referent: Victor Strogies
M.A., Restaurant Sarajevo,
Schwabacherstr.53

3.4.2011, 10:30 Uhr
SPD Gostenhof:
Frühschoppen
Schanzenbräu Schank-
wirtschaft, Adam-Klein-
Str. 27

Die Reihe im dsp: Nürnberger SPD-Persönlichkeiten

Martin Treu (1871 - 1952)

Der gelernte Schneider aus Schwandorf 1897 kam im Rahmen seiner Gesellenwanderschaft nach Nürnberg und bekam hier 1902 das Bürgerrecht. Schon 1890 war Treu dem freigewerkschaftlichen Schneiderverband beigetreten. 1892 trat er der SPD bei. In Nürnberg war er dann ab 1905 als Parteisekretär tätig. Er war ab 1908 einer der ersten und jüngsten Sozialdemokraten im Kollegium der Gemeindebevollmächtigten und später einer der letzten Sozialdemokraten in der Stadtverwaltung, bevor die Nationalsozialisten hier die Macht übernahmen. 1919 wurde Martin Treu mit 42 von 43 Stimmen zum ehrenamtlichen Zweiten Bürgermeister gewählt. Ab 1929 wurde Treu dann berufsmäßiger Zweiter Bürgermeister und gestaltete so die Stadtverwaltung an der Seite des seinerzeitigen liberalen Oberbürgermeisters Hermann Luppe mit. Außerdem wirkte er als Vermittler zwischen diesem und der Fraktion der SPD. 1933 wurde er von den Nationalsozialisten aller sei-

ner Ämter enthoben, blieb aber vor Verhaftung verschont. Unter der amerikanischen Militärregierung wurde er nach dem Krieg aufgrund seiner persönlichen Integrität ab Juli 1945 als Oberbürgermeister eingesetzt. Bereits im Dezember wurde er allerdings schon wieder entlassen, nachdem er wegen einer funktionsfähigen Verwaltung Kritik an der Durchführung der Entnazifizierung geübt hatte. Er war darüber sehr enttäuscht und fühlte sich erst durch seine Ernennung zum Ehrenbürger 1948 rehabilitiert. Nach ihm wurde die Martin-Treu-Straße in der nördlichen Altstadt benannt. ■



Einladung

200 Jahre Nürnberger Industriegeschichte. Entwicklungen – Ergebnisse – Erkenntnisse

Veranstaltung von Dr. Manfred Scholz
im Bildungszentrum:
am Mittwoch, 16.03.2011 von 18:00 bis
19:30 Uhr, Zimmer 3.11, Bildungszen-
trum Seminargebäude, Gewerbemuse-
umsplatz 2, Preis 7,00 €, Kursnummer:
20559
Die Entwicklungen in Industrie und Wirt-
schaft bestimmen die Stadtentwicklung

und umgekehrt? Das Auf und Ab der
Nürnberger Industrie und seine Bestim-
mungsgründe: von Spaeth, Cramer-Klett
und Schuckert über Grundig und Quel-
le zu Datev und GfK. Nürnbergs Bemü-
hungen und Hochschuleinrichtungen für
Lehre und Forschung, Langlebigkeit von
Firmen und Marken. **Anmeldung online
oder unter: 0911 231-3147**

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang April 2011!